

# Die Flüchtlings- und Migrationskrise und das Krisenmanagement der EU

*Gunther Hauser*

## Die EU am Weg zu einem Krisenmanagement

In der EU ist das bisher Erreichte in Hinblick auf die Bewältigung der Flüchtlings- und Migrationskrise „jedenfalls dürftig“.<sup>1</sup> Die EU war „nicht ausreichend vorbereitet, vor allem nicht auf die Geschwindigkeit, mit der das passiert ist“, betonte Kroatiens Außenministerin Vesna Pusić: „Wir hätten die türkischen Warnungen, dass sie mit der Situation nicht mehr allein fertigwerden, früher ernst nehmen müssen. Wir haben von dem Problem nicht zum ersten Mal in diesem Sommer gehört. Keine Grenze, kein Schengen, kein internationales Übereinkommen wird einen Ansturm von Menschen in dieser Größenordnung stoppen.“<sup>2</sup> In diesem Zusammenhang bildet der „Druck aus armen, bevölkerungsreichen Ländern auf reiche, bevölkerungsarme Länder“<sup>3</sup> eine enorme Herausforderung vor allem für Griechenland, Italien, den Westbalkan sowie für Kroatien, Slowenien, Österreich, Deutschland, Schweden und auch zunehmend für Norwegen. Für eine Flucht sind vor allem ausschlaggebend:

- einerseits „ein Leidensdruck, der so groß ist, dass das Risiko einer ungewissen Reise in Kauf genommen wird.“<sup>4</sup> Es geht darum, vor Krieg, Terror und somit vor unerträglichen Lebensbedingungen zu fliehen;
- andererseits die „Hoffnung auf ein besseres Leben, das eine Zukunftsperspektive bietet.“<sup>5</sup>

Laut Angaben der Europäischen Kommission fehlten Anfang November 2015 von insgesamt 775 benötigten Frontex-Beamten (diese müssen von den EU-Mitgliedstaaten entsendet werden) mehr als 400, bei der EU-Asylagentur EASO dagegen noch 150 Personen. Die materielle Versorgung in Kroatien wies ebenso Lücken auf – die Regierung in Zagreb hatte um die Lieferung von 30.000 Wolldecken angesucht, geliefert wurden bis Anfang November 10.100. In Slowenien fehlten zu diesem Zeitpunkt 15.000 Bettwäsche-Garnituren und 3.500 Feldbetten.<sup>6</sup> Weitaus größer „sind die Löcher bei den finanziellen Zusagen an UN-Flüchtlingshilfe und die Fonds für Afrika und Syrien“: Die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedstaaten sollten je 2,8 Milliarden Euro zur Verfügung stellen, die Zusagen der Mitgliedstaaten beliefen sich jedoch auf nur 518,7 Millionen Euro. Österreich beabsichtigt, 36 Millionen Euro aufzuwenden, die Niederlande dagegen nur zwei Millionen Euro. Der Höchstbetrag soll von Großbritannien bereitgestellt werden – 137 Millionen Euro.<sup>7</sup>

Auf der Tagesordnung der Innenminister der EU-Mitgliedstaaten steht nach wie vor ganz oben die Umsetzung der bereits beschlossenen Verteilung von 160.000 Flüchtlingen auf (fast) alle Mitgliedstaaten – bis Anfang November konnten nur 116 verlegt werden.<sup>8</sup> 30 Flüchtlinge

---

<sup>1</sup> Michael Laczynski, Drei Flüchtlingsgipfel in fünf Tagen, in: Die Presse, 7.11.2015, S. 4.

<sup>2</sup> Julia Raabe, „Keine Mauer hält diese Menschen auf“, Interview mit Kroatiens Außenministerin Vesna Pusić, in: Die Presse, 3.10.2015, S. 5.

<sup>3</sup> So Ungarns Botschafter in Wien, Dr. János Perényi, im Österreichischen Gewerbeverein in Wien anlässlich der Veranstaltung „Ungarn 2015 – Die Fakten. Politische und wirtschaftliche Standortanalyse, 29. September 2015.

<sup>4</sup> So der Pfarrer Dr.theol. Gregor Jansen, Unterwegs ..., in: Couleur, Zeitschrift des Mittelschüler-Kartellverbandes, Ausgabe 03/2015, S. 14-15, hier S. 15.

<sup>5</sup> Ebenda.

<sup>6</sup> Michael Laczynski, Drei Flüchtlingsgipfel in fünf Tagen, in: Die Presse, 7.11.2015, S. 4.

<sup>7</sup> Ebenda.

<sup>8</sup> Ebenda.

wurden am 4. November mit einem Airbus A320 der Aegean Airlines von Athen nach Brüssel geflogen und danach von Brüssel mit dem Bus nach Luxemburg gefahren, es handelte sich dabei um sechs Familien – zwei aus dem Irak und vier aus Syrien. Dieser Transport wurde vom Hellenic Asylum Service in enger Kooperation mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) bzw. den IOM-Stellen in Athen und Brüssel organisiert. An der Verabschiedung der Flüchtlinge in Athen nahmen Griechenlands Premierminister Alexis Tsipras, der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz, Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn, Griechenlands Migrationsminister Ioannis Mouzalas sowie der EU-Kommissar für Migration Avramopoulos Dimitris teil.<sup>9</sup> Am 9. Oktober 2015 erfolgte die erste Verlegung von 19 Flüchtlingen aus Eritrea mit einer ATR-42 der Guardia di Finanza von Rom-Ciampino nach Schweden.<sup>10</sup>

Warum gibt es bei der Verteilung der 160.000 derartige Probleme?

- Die östlichen EU-Mitgliedstaaten stehen einer Aufteilung sehr skeptisch gegenüber.
- Viele Flüchtlinge verweigern Registrierungen in den Hotspots in Griechenland und in Italien.<sup>11</sup>

Die Innenminister der EU-Mitgliedstaaten diskutieren auch über den Umgang mit Verweigerern unter Flüchtlingen und Migranten, dabei gilt der Grundsatz: „keine Registrierung, keine Rechte.“ Das Asylrecht an sich soll jedoch keineswegs dadurch in Frage gestellt werden.<sup>12</sup> Robert Visser, Exekutivdirektor der EU-Asylbehörde EASO, meinte dazu ebenso: „Entweder, die Flüchtlinge werden in Europa willkommen geheißen, aber eben unter der Voraussetzung der Registrierung, oder sie werden abgewiesen und zurückgeschickt. Die gute Nachricht für Schutzsuchende lautet: Wir haben jetzt ein Relocation-System, und wer sich die Fingerabdrücke nehmen lässt, wird nach einer Überprüfung einem Land zugewiesen.“<sup>13</sup>

Am 25. und 26. Oktober 2015 beschloss der „Balkan-Flüchtlingsgipfel“ auf Einladung der Europäischen Kommission in Brüssel, 100.000 Plätze für Flüchtlinge auf der Route von Griechenland bis Österreich zu schaffen, Griechenland will allein 50.000 Plätze schaffen, davon 30.000 bis Januar 2016. Acht EU-Mitgliedstaaten sowie Serbien, Mazedonien und Albanien hatten sich somit auf einen 17-Punkte-Plan geeinigt, mit dem Flüchtlingen am Westbalkan kurzfristig geholfen „und aus dem Chaos eine besser kontrollierte Aktion werden soll.“<sup>14</sup> Die Länder sagten auch einander zu, Flüchtlinge möglichst nicht mehr ohne vorherige Benachrichtigung des Nachbarstaates weiterzuleiten und angesichts des Winters ausreichend Unterkünfte und Nahrung zur Verfügung zu stellen. In Slowenien, das mit dem Ansturm an seine Grenzen überfordert ist, sollen demnach 400 Polizisten aushelfen.<sup>15</sup>

Die EU plant, bis Ende 2016 Wege für die legale Migration von Afrika nach Europa zu eröffnen – an einem Pilotprojekt einer EU-Anlaufstelle wird zur Zeit in Niger gearbeitet: „Das übergeordnete Ziel aller Initiativen, die von der Bekämpfung der Schlepperbanden bis zum Aufbau der Infrastruktur reichen: Der illegale Weg nach Norden soll erschwert bzw. unattraktiv gemacht werden.“<sup>16</sup> Zudem soll in der Bewältigung der Flüchtlings- und Migrationskrise enger mit der Türkei kooperiert werden. Für die geplante verstärkte

---

<sup>9</sup> International Organisation for Migration (IOM), IOM helps the first group of asylum applicants from Greece depart for Luxemburg, 6 November 2015, <http://reliefweb.int/report/greece/mediterranean-migrants-and-refugees-latest-arrivals-and-fatalities>, abgerufen am 10.11.2015.

<sup>10</sup> Oliver Meiler, Neunzehn von Einhundertsechzigtausend, in: Süddeutsche Zeitung, 10./11.10.2015, S. 10.

<sup>11</sup> Ebenda.

<sup>12</sup> Michael Laczynski, Drei Flüchtlingsgipfel in fünf Tagen, in: Die Presse, 7.11.2015, S. 4.

<sup>13</sup> Anna Gabriel, „Aber wir haben keine andere Wahl“, Interview mit Robert Visser, Exekutivdirektor der EU-Asylbehörde EASO, in: Die Presse, 22.10.2015, S. 4.

<sup>14</sup> Berlin mahnt Juncker zur Eile, in: Süddeutsche Zeitung, 27.10.2015, S. 1.

<sup>15</sup> Ebenda.

<sup>16</sup> Michael Laczynski, Drei Flüchtlingsgipfel in fünf Tagen, in: Die Presse, 7.11.2015, S. 4.

Zusammenarbeit mit der Türkei fordert die Regierung in Ankara von der EU über einen „Aktionsplan“ drei Milliarden Euro – drei Mal soviel wie von der EU angeboten,<sup>17</sup> einen eigenen EU-Türkei-Gipfel sowie die Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen und ebenso die Visumfreiheit für jene türkische Staatsbürger, die beabsichtigen, in die EU zu reisen.<sup>18</sup>

Bis Ende November 2015 wurde nach Angaben des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Frans Timmermans geplant, elf Hotspots in Griechenland und in Italien einzurichten: auf Lesbos, Chios, Samos, Leros, Kos sowie in Taranto, Augusta, Pozzallo, Lampedusa, Porto Empedocle und in Trapani.<sup>19</sup> Bei diesen Anlaufstellen sollen allen Neuankommenden Fingerabdrücke abgenommen werden, zudem sollen Flüchtlinge und Migranten registriert werden. Ebenso soll in den Hotspots eine Vorentscheidung darüber fallen, ob Neuankömmlinge Asyl in Anspruch nehmen können oder nicht.<sup>20</sup> Diese Hotspots werden von nationalen Experten, der EU-Grenzschutzagentur Frontex, der EU-Polizeibehörde Europol und dem Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) betrieben.<sup>21</sup> Die Frontex unterstützt bereits seit einigen Monaten italienische Behörden bei der Identifizierung und Registrierung von Asylwerbern, die Frontex besitzt jedoch über keine Kompetenz, über Asyl zu entscheiden.<sup>22</sup> Folglich wird jeder Asylantrag in den Hotspots weiterhin gemäß der Dublin-Vereinbarung von nationalen Beamten geprüft werden.<sup>23</sup>

### **Österreich, die Flüchtlings- und Migrationskrise und der Arbeitsmarkt**

Aufgrund der Flüchtlings- und Migrationskrise in Europa drohte die Polizeigewerkschaft in Österreich, „aktiv“ zu werden und folglich „gewerkschaftliche Maßnahmen zur Durchsetzung“ ihrer Forderungen zu beschließen.<sup>24</sup> Eine der zentralen Forderungen der Polizeigewerkschaft lautet: mehr Personal. Die „Grenze der Belastbarkeit“ sei „erreicht und leider auch überschritten“, so die Polizeigewerkschaft.<sup>25</sup> Demnach ist auch die Exekutive mit „unermesslichem menschlichen Leid“ konfrontiert, viele Polizisten seien diesem Leid nicht gewachsen.<sup>26</sup> ÖBB-Chef Christian Kern erklärte, die „Hauptsorge“ der ÖBB „ist der Mangel an Quartieren.“<sup>27</sup>

Österreichs Bundespräsident Heinz Fischer fand anlässlich seines Staatsbesuches im Kosovo deutliche Worte anlässlich des Flüchtlings- und Migrantenansturms: Österreich sei in diesem Zusammenhang „an die Grenzen der Kapazitäten gestoßen“, allein die tausenden Menschen, die durch Österreich nach Deutschland marschierten, „schaffen große organisatorische und logistische Probleme.“<sup>28</sup> In Salzburg bringt „die Unberechenbarkeit des Zustroms von Menschen [...] alle an die Leistungsgrenze.“<sup>29</sup> Innenministerin Johanna Mikl-Leitner forderte Ende Oktober 2015 in Spielfeld „feste, kilometerlange Sperren“.<sup>30</sup> Am 5. November 2015 präsentierte Verteidigungsminister Gerald Klug gemeinsam mit Generalstabschef Othmar

---

<sup>17</sup> EU macht der Türkei Zugeständnisse, in: Neue Zürcher Zeitung, 17.10.2015, S. 1.

<sup>18</sup> Michael Laczynski, Drei Flüchtlingsgipfel in fünf Tagen, in: Die Presse, 7.11.2015, S. 4.

<sup>19</sup> Wolfgang Böhm, Elf Hotspots ohne klare Kompetenzen, in: Die Presse, 3.10.2015, S. 13.

<sup>20</sup> Ebenda.

<sup>21</sup> Ebenda.

<sup>22</sup> Ebenda.

<sup>23</sup> Ebenda.

<sup>24</sup> Iris Bonavida/Manfred Seeh, Asyl: Polizei droht mit Kampfmaßnahmen, in: Die Presse, 6.11.2015, S. 11.

<sup>25</sup> Ebenda.

<sup>26</sup> Ebenda.

<sup>27</sup> ÖBB-Chef kritisiert in Flüchtlingskrise Behörden, Interview, in: Die Presse, 6.11.2015, S. 11.

<sup>28</sup> Iris Bonavida, Julia Raabe, Christian Ultsch und Rainer Nowak, „An Kapazitätsgrenze gestoßen“, in: Die Presse, 29.10.2015, S. 1.

<sup>29</sup> Claudia Lagler, „Mit Flüchtlingszustrom nicht überfordern“, in: Die Presse, 29.10.2015, S. 4.

<sup>30</sup> Iris Bonavida, „Feste, kilometerlange Sperren“, in: Die Presse, 28.10.2015, S. 1.

Commenda und dem Leiter der Sektion Einsatz, Generalleutnant Karl Schmideder, folgende Alternativen betreffend die Errichtung eines Grenzzaunes am Grenzübergang Spielfeld:<sup>31</sup>

- Aufwertung der Infrastruktur am Grenzübergang Spielfeld, „damit ein sicheres und menschliches Abwickeln des Transitvorgangs möglich ist.“<sup>32</sup>
- Aufbau eines geordneten Systems für den Weitertransport, „das den Flüchtlingen ein planbares Weiterreisen ermöglicht und dadurch Frustrationen vorbeugt.“<sup>33</sup>
- Öffnung weiterer Grenzübergänge „in Abstimmung mit Slowenien [...], um den Grenzübergang Spielfeld mittelfristig zu entlasten.“<sup>34</sup>

Klug betonte: „Ich bin nicht bereit, den Vorschlag für einen Grenzzaun unwidersprochen im Raum stehen zu lassen. Das Aufstellen eines Zauns ist Symbolpolitik ohne reales Substrat.“<sup>35</sup> Ebenso meinte Kroatiens Außenministerin Vesna Pusić: „Keine Mauer hält diese Menschen auf.“<sup>36</sup> Das Problem, so Pusić, soll vielmehr „an der Wurzel“ angegangen werden:

„Oder was sollen wir dann machen – die Menschen alle in Griechenland lassen? Dann wird Griechenland auseinanderfallen. Es kann auch nicht in Europas Interesse sein, sie in Mazedonien oder Serbien zu lassen, die Länder werden unter diesem Druck zerfallen. Und das kann in niemandes Interesse sein.“<sup>37</sup>

Pusić weiter:

„Griechenland kann seine Grenzen nicht allein schützen. Europa muss das gemeinsam angehen und die Sache nicht als Problem eines einzigen Landes behandeln. Ja, Griechenland ist ein Schengen-Mitglied und muss seine Grenze schützen. Aber das ist wie ein Tsunami. Und es gibt gewisse Regeln, an die man sich unter normalen Umständen halten muss. Und dann gibt es außerordentliche Umstände wie zigtausende Flüchtlinge, bei denen man außergewöhnliche Antworten finden muss.“<sup>38</sup>

Verteidigungsminister Klug betonte, dass „wir uns weiter darum kümmern müssen, den Flüchtlingsstrom in geordneten Bahnen zu halten. Langfristig kann das nur gesamteuropäisch geregelt werden: Etwa durch Anlaufstellen an den Außengrenzen und eine gerechte Verteilung in Europa.“<sup>39</sup>

Die Integration von Flüchtlingen in den österreichischen Arbeitsmarkt wird eine große Herausforderung darstellen. Der Ökonom Bernhard Felderer schätzt die Lage wie folgt ein: „Ich bin der Meinung, dass ein guter Teil der Asylwerber in den heimischen Arbeitsmarkt zu integrieren ist. Sicher nicht alle. Die Zahl der schwer vermittelbaren Arbeitslosen wird

---

<sup>31</sup> Bundesheer, Flüchtlinge: Klug präsentiert Alternativen zum Grenzzaun, Wien, am 5. November 2015, <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=8043>, abgerufen am 10.11.2015.

<sup>32</sup> Ebenda

<sup>33</sup> Ebenda.

<sup>34</sup> Ebenda.

<sup>35</sup> Iris Bonavida/Manfred Seeh, Asyl: Polizei droht mit Kampfmaßnahmen, in: Die Presse, 6.11.2015, S. 11.

<sup>36</sup> Julia Raabe, „Keine Mauer hält diese Menschen auf“, Interview mit Kroatiens Außenministerin Vesna Pusić, in: Die Presse, 3.10.2015, S. 5.

<sup>37</sup> Ebenda.

<sup>38</sup> Ebenda.

<sup>39</sup> Iris Bonavida, Klug: „Kein Anlass, Lage zu eskalieren“, Interview mit Verteidigungsminister Gerald Klug, in: Die Presse, 30.09.2015, S. 4 und 5, hier S. 4.

steigen.“<sup>40</sup> In jenen Ländern, aus denen Flüchtlinge nach Europa kommen, existieren weder Sozialstaaten noch eine große Industrie, erläuterte Felderer:

„Sich auf die eigenen Beine zu stellen, sein eigenes kleines Unternehmen zu haben ist dort eine Selbstverständlichkeit. Diese Mentalität werden diese Menschen auch bei uns nicht ablegen. Natürlich werden sie anfangs in Branchen drängen, in denen man relativ schnell mit geringen Deutschkenntnissen einsteigen kann. Etwa als Taxifahrer oder in Fabriken.“

Die Industrie in der EU hofft, mit Flüchtlingen ihren Facharbeitermangel beheben zu können. Felderer mahnte jedoch ein: „Da wäre ich vorsichtig. Uns fehlen Fachkräfte im mittleren Technologiebereich. Diese werden wir auch schwer unter den Syrern finden. Generell ist die Akademikerquote unter den syrischen Flüchtlingen gering.“<sup>41</sup>

Die Integration von 70.000 Flüchtlingen ist für Felderer „ein Problem“, jedoch aber

„ein bewältigbares Problem. Und es ist eine Investition in die Zukunft. Wir haben in manchen Branchen keine Lehrlinge mehr. Viele Flüchtlinge sind begabte Handwerker. Wenn all diese Menschen ihren Platz hier gefunden haben werden, werden sie einen positiven Beitrag zu unserem Bruttoinlandsprodukt leisten. Aber es wird einige Jahre dauern. Mittelfristig wird es soziale Probleme geben. Da darf man der Bevölkerung nichts vormachen. Diese Flüchtlinge werden zuerst in Branchen drängen, in denen kaum Österreicher vertreten sind. Sie werden – angefangen beim Spargelstechen – alles tun, um mehr zu verdienen als die 750 Euro Mindestsicherung im Monat.“<sup>42</sup>

Es kommt jedoch dazu, dass die Arbeitslosigkeit in den europäischen Ländern größtenteils hoch ist und noch steigt: „Wie die gesamte Arbeitslosigkeit steigt auch der Anteil der Langzeitbeschäftigungslosen, die schon mindestens ein Jahr keinen Job gefunden haben. War das vor der Krise noch rund ein Fünftel der Arbeitslosen, so stieg der Anteil dieser Gruppe in Österreich mit mehr als 130.000 inzwischen auf mehr als ein Drittel“, geht aus der Statistik des AMS hervor „mit einer eher vorsichtigen Berechnungsmethode.“<sup>43</sup>

Bei den jüngeren Menschen wächst zudem die Zahl „von aus allen Systemen ausgestiegenen und in keiner Arbeitslosenstatistik geführten NEETs (Not in Education, Employment or Training – nicht in Ausbildung, Arbeit oder Schulung). Rund 120.000 oder 12,6 Prozent der 16-24-Jährigen klinken sich vorübergehend oder dauerhaft aus dem Bildungs- und Beschäftigungssystemen aus.“<sup>44</sup> Hier wiederum sind besonders betroffen Schulabbrecher, insbesondere mit Migrationshintergrund (20 Prozent der jungen Zuwanderer, darunter auch viele sehr junge Mütter).<sup>45</sup>

Die Integration von Flüchtlingen und Migranten in den Arbeitsmarkt stellt eine enorme Herausforderung dar, da zudem auf dem Arbeitsmarkt eine baldige Entspannung der Krise „nicht in Sicht“ ist. Einer Untersuchung im Auftrag des AMS zufolge wird bis 2019 in Österreich ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit prognostiziert: „Dazu kommt aber eine

---

<sup>40</sup> Gerhard Hofer, „Es ist ein bewältigbares Problem“, Interview mit Bernhard Felderer, in: Die Presse, 1.10.2015, S. 4.

<sup>41</sup> Ebenda.

<sup>42</sup> Ebenda.

<sup>43</sup> Peter Rabl, Weil warten zu wenig ist, in: Die Presse, 3.10.2015, Spectrum, S. I und II, hier S. I.

<sup>44</sup> Ebenda.

<sup>45</sup> Ebenda.

rapide fortschreitende Veränderung der Struktur der Beschäftigung weg von Normalarbeit in Vollzeit und Fixanstellung, hin zu Teilzeit und prekärer Beschäftigung.<sup>46</sup>

Aus einer Studie des deutschen Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) geht hervor, dass die berufliche Qualifikation der Flüchtlinge, die in Deutschland ankommen, „deutlich niedriger“ ist „als bei der einheimischen Bevölkerung und bei den bereits in Deutschland lebenden Ausländern.“<sup>47</sup> So haben demnach 87 Prozent der Flüchtlinge, die aus Kriegs- und Bürgerkriegsländern stammen und bei der deutschen Bundesagentur für Arbeit gemeldet sind, keine abgeschlossene Berufsausbildung. Jedoch schränkt diese Studie ein, dass 77 Prozent der arbeitslosen Ausländer und 43 Prozent der erwerbslosen Deutschen über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen.<sup>48</sup>

### **Schlussfolgerungen**

Eine Möglichkeit in Nischenbereichen wäre, dass wenn ein Flüchtling über eine sehr gute Qualifikation in einem bestimmten Sektor verfügt und Polen, die Tschechische Republik, Österreich oder Dänemark in diesem Bereich Arbeitskräfte sucht, so könnten Angebot und Nachfrage somit zueinander geführt werden, so der Exekutivdirektor der EU-Asylbehörde EASO, Robert Visser.<sup>49</sup> In Deutschland wird zudem mehr Personal in den Landesjugendämtern gebraucht, um die minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge angemessen betreuen zu können. Die deutschen Jugendämter rechnen 2015 mit bis zu 30.000 minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen, also jungen Menschen, „die noch nicht volljährig sind und ohne sorgeberechtigte Begleitung aus ihrem Heimatland in ein anderes Land flüchten oder dort zurückgelassen werden.“<sup>50</sup> In überfüllten Flüchtlingslagern zetteln weiters „junge Männer Schlägereien an.“<sup>51</sup> Das sind jedoch

„nicht die Aussichten auf den Bürgerkrieg, wie es nun die Fremdenfeinde von der NPD posaunen, die Verschwörungstheoretiker im Netz raunen, besorgte Bürger ängstlich fragen. Die Massenschlägereien entstehen, weil junge Männer – die meisten Flüchtlinge sind junge Männer – auf engem Raum und ohne Rückzugsmöglichkeiten leben. Für viele ist Gewalt selbstverständlich, sind religiöse, ethnische und kulturelle Unterschiede ein Ventil für Aggressionen. Fast alle Schlägereien entstehen in den großen Einrichtungen, wo es an Personal fehlt und an Sprachkenntnissen. Die Flüchtlinge getrennt nach Nationalität und Religion unterzubringen, wie das die Gewerkschaft der Polizei fordert, kann manchmal helfen – insgesamt aber müssen die Einrichtungen kleiner werden, braucht es Betreuer und Sicherheitsdienste, die wissen, wann sie robust und wann sie sensibel auftreten müssen.“<sup>52</sup>

In der EU bzw. vor allem in Deutschland treffen „hoch religiöse Muslime – und auch Christen – auf eine religiös indifferente Gesellschaft. Neuankömmlinge mit rigiden Moralkodizes müssen ertragen lernen, dass in Deutschland schwule Paare sich öffentlich küssen dürfen. Und nicht alle, die auf Freiheit, Wohlstand und Glück hoffen, werden frei, wohlhabend und glücklich werden; je traditioneller das Selbstbild vor allem der jungen Männer ist, umso schwerer wird es für die, dies auszuhalten.“<sup>53</sup>

---

<sup>46</sup> Ebenda.

<sup>47</sup> Christian Höller, Schlechte Jobchancen für Flüchtlinge, in: Die Presse, 8.10.2015, S. 2 und 3, hier S. 2.

<sup>48</sup> Ebenda.

<sup>49</sup> Anna Gabriel, „Aber wir haben keine andere Wahl“, Interview mit Robert Visser, Exekutivdirektor der EU-Asylbehörde EASO, in: Die Presse, 22.10.2015, S. 4.-

<sup>50</sup> Tagesschau, Bis zu 30.000 junge unbegleitete Flüchtlinge. Mammutaufgabe für Jugendämter, 29.09.2015 16:55 Uhr, <https://www.tagesschau.de/inland/minderjaehrige-fluechtlinge-107.html>, abgerufen am 29.9.2015.

<sup>51</sup> Matthias Drobinski, Enges Asyl, in: Süddeutsche Zeitung, 29.09.2015, S. 4.

<sup>52</sup> Ebenda.

<sup>53</sup> Ebenda.

Nach Kenntnis des Integrationsministeriums in Rheinland-Pfalz wird „ein sehr großer Teil der Flüchtlingsfrauen Opfer von Gewalt oder sexualisierter Gewalt. Hessen registrierte Fälle im ‚unteren zweistelligen Bereich‘, das Saarland weiß von drei Frauen. Die Dunkelziffer ist hoch.“<sup>54</sup> In Bayern hatte eine Frauenrechtsorganisation im Frühjahr 2015 über „vermehrt sexuelle Übergriffe auf Frauen in der Münchner Erstaufnahmeeinrichtung Bayernkaserne“ berichtet: „Der Preis für Sex mit Asylbewerberinnen liege bei zehn Euro.“<sup>55</sup> Auch wenn es dabei „nicht zum Äußersten kommt, sprechen die Frauen mit niemandem über das, was ihnen angetan wurde: Sie haben keine Hoffnung auf Hilfe und Verständnis.“<sup>56</sup>

Die Flüchtlings- und Migrationskrise wird noch lange andauern, zudem werden im 21. Jahrhundert „[a]ls Folge von Katastrophen verschiedenster Art [...] immer mehr Menschen in jene Regionen drängen, die relativ stabil und wohlhabend sind. Die große syrische Wanderung ist nicht nur Krise, sondern Vorbote.“<sup>57</sup> Griechenland und Italien werden diese enorme Herausforderung nicht allein lösen können. Allein 450.000 Menschen hatten von Januar bis Oktober 2015 die griechischen Inseln in der Ostägäis erreicht. Die griechischen Behörden können schon lange keine Fähigkeiten mehr zur Verfügung stellen, Frontex und dem EASO fehlt es an Personal. Benötigt werden derzeit Grenzschutzbeamte, Dolmetscher und auch Personen, die Fingerabdrücke der Neuankömmlinge screenen.<sup>58</sup>

Rainer Münz vom European Political Strategy Centre in Brüssel meinte bei einem Strategiegelgespräch im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres am 9. November 2015: „Wir haben die Kontrolle verloren.“<sup>59</sup> Münz gab jedoch zu bedenken, dass es sich dabei zum Teil um eine „inszenierte Hilflosigkeit“ handelt, die in so manchen EU-Mitgliedstaaten auf der Agenda steht. Der Großteil der EU-Staaten könnte mit „Millionen Touristen und Fans einer Fußballweltmeisterschaft [...] problemlos umgehen, aber plötzlich ‚sind sie nicht in der Lage, ein paar tausend Menschen an der Grenze zu bewältigen.‘“<sup>60</sup> Demetrios Papademetriou, Präsident des Migration Policy Institute in Washington, sprach bei dem Strategiegelgespräch von einem „kompletten Zusammenbruch des Systems“, ausgelöst durch die Verweigerung, Flüchtlinge und Migranten zu registrieren und diese dann durch Länder zu schicken: „Die Herkunftsländer produzieren mehr und mehr Flüchtlinge – und es ist kein Ende in Sicht.“<sup>61</sup> Auch bleibt die Nahost-Expertin Gudrun Harrer davon überzeugt, dass „[d]iese Menschen [...] weiterhin kommen werde.“<sup>62</sup> Über die Türkei, so Harrer, wo sich derzeit fast zwei Millionen syrische Flüchtlinge aufhalten, würde „niemand sagen, dass deshalb das ‚System in Gefahr‘ sei – ‚im Gegenteil, (Präsident Recep Tayyip) Erdoğan gewinnt damit Wahlen.“<sup>63</sup>

Einigkeit beim Strategiegelgespräch gab es am Podium darüber, „dass die Asylverfahren beschleunigt werden müssten“.<sup>64</sup> „So früh wie möglich“ sollten jene identifiziert werden, die kein Recht auf Asyl haben, und zurückgeschickt werden, verlangte Papademetriou: „Es gibt keinen Sinn, wenn Menschen jahrelang im Unklaren gelassen werden“, fügte Rainer Münz

---

<sup>54</sup> Stefan Laurin und Freia Peters, Verfolgt im Heim, in: Welt am Sonntag, 18.10.2015, S. 5.

<sup>55</sup> Ebenda.

<sup>56</sup> Ebenda.

<sup>57</sup> Kurt Kister, Was wir schaffen, in: Süddeutsche Zeitung, 19.09.2015, S. 4.

<sup>58</sup> Anna Gabriel, Hotspots für Flüchtlinge drohen zu scheitern, in: Die Presse, 22.10.2015, S. 4.

<sup>59</sup> Noura Maan, Flüchtlinge: Suche nach neuen Strategien, in: Der Standard, 10.11.2015 11:12 Uhr, <http://derstandard.at/2000025411427/Fluechtlinge-Suche-nach-neuen-Strategien>, abgerufen am 10.11.2015.

<sup>60</sup> Ebenda.

<sup>61</sup> Demetrios Papademetriou beim Strategiegelgespräch „Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten der Flüchtlingskrise“ im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, 9. November 2015.

<sup>62</sup> Ebenda.

<sup>63</sup> Noura Maan, Flüchtlinge: Suche nach neuen Strategien, in: Der Standard, 10.11.2015 11:12 Uhr, <http://derstandard.at/2000025411427/Fluechtlinge-Suche-nach-neuen-Strategien>, abgerufen am 10.11.2015.

<sup>64</sup> Ebenda

hinzu.<sup>65</sup> Um insgesamt Ressourcen zu sparen, plädierte Münz dafür, Schutzsuchenden aus Syrien – ähnlich wie bei den Flüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina in den 1990er-Jahren – „das Verfahren zu ersparen und gleich Asyl zu gewähren.“<sup>66</sup>

Die Grenze zwischen den beiden NATO-Staaten Griechenland und Türkei befindet sich derzeit unter der Kontrolle von Schleppern. Ohne Auffangstellen werden viele Flüchtlinge und Migranten weiterhin illegal durch Europa ziehen. Wenn die EU-Mitgliedstaaten versuchen, ihre Grenzen dicht zu machen, würde ein derartiger Schritt zu Unruhen am Westbalkan führen. Grenzen wird man folglich nie dichtmachen können. Scheitert die EU und mit ihr die Mitgliedstaaten an gemeinsamen Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlings- und der Migrationskrise, wird es jedoch vermehrt zu nationalen Alleingängen kommen.

Dr. Gunther Hauser ist Leiter des Referats Internationale Sicherheit an der Landesverteidigungsakademie Wien sowie seit 2006 Stv. Präsident im Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit (WIFIS), Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg.

Dieser Beitrag ist erschienen in:

Berichte an die Freunde der Landesverteidigungsakademie, Heft 3/2015, hrsgg. vom Verein der Freunde der Landesverteidigungsakademie, Wien, im Dezember 2015.

---

<sup>65</sup> Ebenda.

<sup>66</sup> Ebenda.